

Donnerstag, 02. November 2023, Sollinger Allgemeine / Uslarer Land

# Antrag sorgt für Aufregung

## Vorwurf: Bürgermeister verhindere Gerätehaus-Erweiterung

**Schönhagen/Uslar** – Ein Brief von Schönhagens Ortsbrandmeister Sven Hinnüber sorgt für Aufregung. Darin kritisiert er, dass ein Antrag der Feuerwehr aus dem Jahr 2021 über die Erweiterung des Feuerwehrhauses in Schönhagen bis heute nicht beraten worden sei, obwohl Uslars Bürgermeister Torsten Bauer das mehrfach öffentlich zugesagt haben soll.

Die Fraktionen von SPD und UWG (Unabhängige Wählergemeinschaft) berichten in einer gemeinsamen Pressemitteilung, dass einen Tag vor ihrer gemeinsamen Haushaltsklausur im Dorfgemeinschaftshaus Schlarpe die Mitglieder des Bau- und Brandschutzausschusses „ein Brandbrief der Freiwilligen Feuerwehr Schönhagen“ erreichte.

Darin äußert sich laut SPD und UWG Schönhagens „Ortsbrandmeister Sven Hinnüber verwundert darüber, dass bis heute nicht über einen Antrag auf Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Schönhagen beraten worden ist, obwohl Bürgermeister Torsten Bauer dies mehrfach öffentlich zugesagt habe. Auch der aktuelle Entwurf des Haushaltsplans 2024 weist in der mittelfristigen Planung bis 2027(!) keine Ansätze zur Planung oder Umsetzung einer solchen Erweiterung aus“.

Der Antrag sei Ende 2021 an die Verwaltung gegangen, zitieren SPD und UWG aus dem Brief von Schönhagens Ortsbrandmeister. Seither antworte Bürgermeister Bauer auf Nachfragen, dass es sich um „einen laufenden Prozess“ handle. Zudem habe er seinerzeit bekräftigt, dass der Antrag Bestandteil der Haushaltsberatungen 2022 sei und auch Bestandteil der Haushaltsberatungen 2023 sein werde.

Den Fraktionen von SPD und UWG liegt der Antrag aus November 2021 eigenen Angaben zufolge bis heute nicht vor. Aus diesem Grund habe man sich im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2022 beziehungsweise 2023 damit auch nicht befassen können.

SPD und UWG fragen, warum der Bürgermeister den Antrag nicht in den Geschäftsgang gegeben habe und ob er damit vorsätzlich Beratungen und Beschlussfassungen verzögern wolle?

SPD und UWG betonen, dass der Brandschutz eines der elementarsten Bestandteile der Daseinsvorsorge sei. Zudem handele es sich um eine Pflichtaufgabe. Deshalb sei die Verzögerung nicht nachzuvollziehen.

SPD und UWG betonen, dass sie sich immer für die Ortsfeuerwehren und alle Ehrenamtlichen stark gemacht hätten und weiter starkmachen wollen: „Die ehrenamtlich Tätigen sind das Rückgrat dieser Gesellschaft.“ Sollte der Bürgermeister absichtlich verzögert haben, wäre dies ein Schlag ins Gesicht aller Feuerwehrfrauen und -männer sowie aller ehrenamtlich Tätigen insgesamt.

SPD und UWG fordern Bürgermeister Torsten Bauer auf, in der Sitzung des Bau- und Brandschutzausschusses am heutigen Donnerstag ab 19 Uhr im Rathaussaal öffentlich umfangreich Stellung zu nehmen. Darüber werde eine zeitnahe Bearbeitung des Antrags erwartet, dass die Feuerwehr Schönhagen schnell Klarheit darüber erhalte, ob und wenn ja, wann und in welcher Form eine Umsetzung möglich sei. fsd